



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für internationalen Handel

2011/2008(INI)

22.9.2011

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für internationalen Handel

für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

zum Stand der Umsetzung der EU-Strategie für Zentralasien
(2011/2008(INI))

Berichterstatter: Niccolò Rinaldi

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für internationalen Handel ersucht den federführenden Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. ist sich darüber im Klaren, dass die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Zentralasien begrenzt sind, betont aber, dass die Beziehungen zwischen diesen Regionen unbedingt gestärkt werden müssen, und zählt darauf, dass die EU und die Länder Zentralasiens das Potenzial dieser Partnerschaft voll ausschöpfen werden;
2. unterstützt die Schlussfolgerungen des „Central Asia Competitiveness Outlook“ der OECD vom Januar 2011 und ist besonders besorgt über die Lage der Menschen- und Arbeitnehmerrechte und über den Mangel an Unterstützung für die Bürgergesellschaft in den Ländern Zentralasiens, sowie über das Bildungswesen, die mittelständische Wirtschaft, die Landreformen und die Investitionspolitik der Region, die derzeit vor allem auf den Energiesektor und den Erzabbau ausgerichtet ist und einer größeren wirtschaftlichen Diversifizierung bedarf;
3. begrüßt die Tatsache, dass der Handelsaustausch der EU mit Zentralasien (insbesondere bei den EU-Exporten) seit 2000 beträchtlich zugenommen hat (+156%), wenn man den Handelsaustausch Russlands mit der Region (+82%) vergleicht, warnt aber zugleich vor all zu großer Zufriedenheit, da der Handel Chinas mit Zentralasien im gleichen Zeitraum um 750% angestiegen ist;
4. weist nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, die Bemühungen zur Demokratisierung und zur Modernisierung des politischen Systems fortzusetzen; gleichzeitig sollte das Eintreten eines jeden Staates für Übergang und Reformen gefördert werden; fordert die Entwicklung und bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Menschenrechte, wirtschaftliche Diversifizierung, Energie und Entwicklung eines nachhaltigen Energiesektors und verbesserte Verkehrsverbindungen zur Anknüpfung der Ressourcen im Kaspischen Becken an den europäischen Markt;
5. fordert die Fortsetzung der Bemühungen zur Modernisierung des öffentlichen Bildungssektors, der gebührenfrei und allen zugänglich ist, so auch der betriebswirtschaftlichen Ausbildung, im Rahmen umfassender Maßnahmen zur Förderung des Aufbaus einer auf stabilen Menschen- und Arbeitnehmerrechten gründenden Bürgergesellschaft in allen Ländern dieser Region; ist der Ansicht, dass die Kommission bei der Planung und Durchführung der Bildungsreformen eng mit den Ländern Zentralasiens zusammenarbeiten sollte; fordert die EU auf, Bildungsbeihilfen und Stipendien für Studenten aus Ländern Zentralasiens zu gewähren, die an europäischen Hochschulen studieren möchten; hält es darüber hinaus für unumgänglich, die Teilhabe der Frauen am und ihren Zugang zum Arbeitsmarkt zu fördern;
6. vertritt die Auffassung, dass die Förderung der KMU ein wichtiges Element für die Entwicklung der betreffenden Länder ist und dass die EU dies bei der Unterstützung von KMU im Rahmen des EIB-Mandats für Zentralasien stärker berücksichtigen sowie ihre Visumbestimmungen für reisende Geschäftsleute und Studenten aus Zentralasien lockern

sollte, während gleichzeitig grundlegende Normen in den Bereichen Arbeit, Umwelt und soziale Verantwortung von Unternehmen festgelegt werden; ist außerdem der Ansicht, dass diskriminierende Praktiken gegenüber europäischen Unternehmen vermieden werden müssen, auch in dem wichtigen Sektor der öffentlichen Auftragvergabe, und dass die Zusammenarbeit mit den kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort gefördert werden muss, da dies der Entwicklung und der wirtschaftlichen Diversifizierung der Region zugute kommt;

7. fordert die Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst auf, eine starke Präsenz von Wirtschafts- und Handelsfachleuten in den EU-Delegationen für die fünf Staaten Zentralasiens sicher zu stellen;
8. fordert die Kommission auf, den Ländern Zentralasiens qualifizierte technische Hilfe und Beratung in den Bereichen Wirtschaft und Aufbau von Verwaltungskapazitäten anzubieten, um die regionalen und lokalen Behörden zu stärken, ein wirksames wirtschaftliches Beziehungsnetz aufzubauen und diese Länder besser in das Welthandelssystem zu integrieren;
9. ist sich der Tatsache bewusst, dass die regionale Integration der Länder Zentralasiens gering ist; fordert die Kommission auf, für jedes der fünf Länder Zentralasiens nach Maßgabe seiner Bedürfnisse differenzierte Handelsstrategien zu konzipieren und die Integration innerhalb dieser Region zu fördern;
10. ist überzeugt, dass Strukturreformen für den Aufbau einer Marktwirtschaft sowie die Entwicklung eines tragfähigen Rechtsrahmens für Auslandsinvestitionen nicht nur ein wichtiges Fundament für die wirtschaftliche Entwicklung der Region bilden, sondern auch den Weg für ihre Integration in die Weltwirtschaft und den Beitritt zur WTO ebnen; fordert die zentralasiatischen Staaten auf, dem Beispiel der Kirgisischen Republik zu folgen und alle erforderlichen Reformen durchzuführen, um der WTO beitreten zu können;
11. ist der Auffassung, dass eine WTO-Mitgliedschaft aller Länder Zentralasiens eine viel versprechende Möglichkeit darstellt, ihre Volkswirtschaften zu verbessern und stärker in das globale Handelssystem zu integrieren, und gleichzeitig die Voraussetzung für engere Handels- und Investitionsbeziehungen zur EU darstellt;
12. fordert die Kommission und den Rat auf, in Bezug auf die Zollunion zwischen Russland, Kasachstan und Weißrussland konsequent zu bleiben und sicher zu stellen, dass es seine internationalen Verpflichtungen respektiert und im Sinne seiner bevorstehenden WTO-Mitgliedschaft handelt;
13. ermutigt die europäischen Wirtschaftsakteure zu Investitionen, die auf die Diversifizierung der zentralasiatischen Volkswirtschaften und die Einführung moderner, innovativer Technologien für die Erzeugung von Waren mit hoher Wertschöpfung abzielen;
14. begrüßt die Entscheidung des Rates, die Kommission mit der Aushandlung eines verbesserten Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zu beauftragen und hofft, dass dieses Abkommen die Bedeutung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und

Kasachstan widerspiegeln und natürlich auch zur Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit beitragen wird;

15. nimmt die Rechtsstaatlichkeitsinitiative EU-Zentralasien zur Kenntnis und fordert angemessene Folgemaßnahmen, um von diesem anfänglichen ersten Schritt zur tatsächlichen Umsetzungsphase zu gelangen;
16. fordert, dass die EU eine gute Regierungsführung, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte, die Demokratisierung und die Korruptionsbekämpfung als Schlüsselemente ihres Dialogs mit diesen Ländern mit Nachdruck fördert;
17. fordert die Kommission und den Rat auf, der Korruptionsbekämpfung eine hohe Priorität einzuräumen, da die Elite (und nicht die Bevölkerung als Ganzes) derzeit am meisten von der Unterstützung seitens der EU und vom Handel profitiert;
18. vertritt die Auffassung, dass die Zusammenarbeit und der Handel im Bereich Rohstoffe, und insbesondere seltene Erden, in den Beziehungen EU-Zentralasien eine Vorrangstellung einnehmen sollten; hält es für außerordentlich wichtig, eine Partnerschaft mit den Ländern in der Region zu fördern, die sich auf den Tausch von Rohstoffen gegen Technologie und europäisches Know-how stützt;
19. fordert, dass bei allen Investitionsmaßnahmen in der Region die ökologische Nachhaltigkeit eine Basisnorm darstellen sollte;
20. verweist wiederholt auf die wirtschaftliche und politische Bedeutung eines verbesserten Zugangs zu den Energieressourcen Zentralasiens; betont in diesem Zusammenhang die große Bedeutung der Nabucco-Pipeline für die Diversifizierung der Energieversorgung der Europäischen Union;
21. unterstreicht die geostrategische Bedeutung Zentralasiens für die EU sowohl als eine Brücke nach China sowie nach Afghanistan und in den Nahen Osten und als Quelle beträchtlicher Energieimporte für die EU;
22. vertritt die Auffassung, dass die künftige Strategie EU-Zentralasien die Lehren aus der Reform der Europäischen Nachbarschaftspolitik beherzigen sollte, und zwar durch einen differenzierten Ansatz, die Förderung zwischenmenschlicher Kontakte, eine stärkere Beachtung der Demokratie und der Menschenrechte sowie die Berücksichtigung des größeren geopolitischen Umfeldes, wozu auch die Mongolei und Afghanistan gehören.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

| | |
|--|--|
| Datum der Annahme | 22.9.2011 |
| Ergebnis der Schlussabstimmung | +: 17 -: 4 0: 0 |
| Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder | Daniel Caspary, Christofer Fjellner, Vital Moreira, Paul Murphy, Cristiana Muscardini, Franck Proust, Niccolò Rinaldi, Helmut Scholz, Peter Šťastný, Robert Sturdy, Keith Taylor, Pablo Zalba Bidegain |
| Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen) | Josefa Andrés Barea, George Sabin Cutaş, Béla Glattfelder, Salvatore Iacolino, Silvana Koch-Mehrin, Marietje Schaake |
| Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2) | Malika Benarab-Attou, Esther Herranz García, Gabriel Mato Adrover |